

Münchener Prozessformularbuch Band 6: Arbeitsrecht

von

Ulrich Zirnbauer, Dr. Frank Hahn, Dr. Niloufar Hoevens, Michael Holthaus, Prof. Dr. Franz Kasper, Rüdiger Köhne, Wolfgang Manske, Dr. Hans-Georg Meier, Dr. Katharina Reidel, Dr. Dieter Sziegoleit, Dr. Carsten Witt

4. Auflage

[Münchener Prozessformularbuch Band 6: Arbeitsrecht – Zirnbauer / Hahn / Hoevens / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Arbeitsgerichtliches Verfahren](#)



Verlag C.H. Beck München 2012

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62946 4

Münchener Prozessformularbuch
Arbeitsrecht

beck-shop.de

Münchener Prozessformularbuch Band 6 Arbeitsrecht

Herausgegeben von

Ulrich Zirnbauer

Rechtsanwalt in Nürnberg, Fachanwalt für Arbeitsrecht

Bearbeitet von:

Dr. Frank Hahn, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Stuttgart; *Dr. Niloufar Hoevels*, Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht in Nürnberg; *Michael Holt-haus*, Richter am Arbeitsgericht Jena; *Prof. Dr. Franz Kasper*, Rechtsanwalt in Stuttgart; *Rüdiger Köhne*, Direktor des Arbeitsgerichts Leipzig; *Wolfgang Manske*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Nürnberg; *Dr. Hans-Georg Meier*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Berlin; *Dr. Katharina Reidel*, Rechtsanwältin und Fach-anwältin für Arbeitsrecht in Nürnberg; *Dr. Carsten Witt*, Direktor des Arbeitsgerichts Heilbronn; *Ulrich Zirnbauer*, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in Nürnberg

4. Auflage



Verlag C. H. Beck München 2012

Zitervorschlag: MPFormB ArbR/*Bearbeiter*, Form. ... Anm. ...

www.beck.de

ISBN 978 3 406 62946 4

© 2012 Verlag C. H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Satz: Reemers Publishing Services GmbH, Krefeld

Druck und Bindung: fgb · freiburger graphische betriebe GmbH & Co. KG,
Bebelstr. 11, 79108 Freiburg

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Schon für die 3. Auflage war im Vorwort die Feststellung getroffen, dass die Qualität gesetzlicher Neuregelungen für den Anwender erhebliche Unsicherheiten und damit Risiken beinhaltet.

Daran hat sich gegenüber dem Stand von 2008 nichts geändert. Alte, von der Rechtsprechung des EuGH oder des BAG für europarechtswidrig oder aus sonstigen Gründen für unanwendbar erklärte, Vorschriften stehen weiter im Gesetzbuch, als sei nichts passiert (zB: § 622 II 2 BGB oder § 7 III BUrtG).

Neue Vorschriften ohne systemgerechte Abstimmung werden in die Welt gesetzt (zB: § 5 I PflegeZG im Gegensatz zu § 18 Abs. 1 BEEG).

Der Gesetzgeber ist untätig und weist weiterhin der Judikatur die Rolle des Ersatz-Gesetzgebers zu oder überlässt die Klärung unklarer Regelung den Gerichten. Das macht für den „Verbraucher“ des Rechts die Notwendigkeit des Rückgriffs auf Hilfsmittel aus der Feder von Fachleuten der täglichen Praxis unverzichtbar.

Auch die 4. Auflage dieses Werks will dem Hilfsbedürfnis Rechnung tragen.

Nürnberg, im August 2012

Ulrich Zirnbauer

Vorwort zur 1. Auflage

Der Begriff der gefahrgeneigten Arbeit hat zwar seit der Änderung der Rechtsprechung zur Arbeitnehmerhaftung durch Urteil des BAG vom 27.9.1994 einen deutlich anderen Stellenwert erhalten.

Er existiert jedoch weiter und ist demjenigen als allgegenwärtiges Gespenst vor Augen, der die Unsicherheit über den Umfang drohender Korrekturen gerade erst in Kraft getretener Gesetze durch die neue Bundesregierung ab Herbst 1998 miterleben durfte:

Die Bewegungsgeschwindigkeit in den Änderungen war groß und unkalkulierbar. Am Beispiel der am 17.11.1998 in der BT-Drucksache 14/45 noch gar nicht vorgesehenen Streichung des § 1 Abs. 5 KSchG (Namensliste) und der am 18.12.1998 dann doch insoweit beschlossenen Korrektur sei dies konkretisiert.

Dennoch bauen die in diesem Buch enthaltenen Texte auf der ab 1.1.1999 gültigen Gesetzeslage auf.

Für den Benutzer des Buches gilt weiterhin, was schon im August 1980 im Vorwort der 1. Auflage des Beck'schen Prozeßformularbuches vom Herausgeber empfohlen wurde:

Der Benutzer ist deshalb gehalten, anhand der in diesem Buch niedergelegten Gestaltungsvorschläge in eigener Verantwortung die angemessene Formulierung zu finden.

Die Texte geben Anregungen, aber keine starren Vorgaben.

Es wäre wohl auch ein Verlust für die „Streitkultur“, wenn es so weit käme, sich gegenseitig nur noch mit „Baustein 13.2“ zu bekriegen bzw. mit „Baustein 24.1“ zu antworten.

Vorwort

EDV-Verarbeitung von Mustern darf nicht zur Uniformität führen, wohl aber zur Entlastung vom Formalen zu Gunsten der individuellen Ausgestaltung beitragen. Sie soll den Kopf frei machen vom Nachdenken über das „wie-geht-das-denn?“ und Zeit schaffen für die spezifisch mandatsbezogenen Eigenheiten des Falles.

Mit vorliegendem Buch wird versucht, für fast alle denkbaren arbeitsrechtlichen „Lebenslagen“ Anregungen für die anzuwendende Tenorierung und den nötigen Mindestinhalt der Begründungen zu geben und zugleich – mit kurzer und übersichtlicher Kommentierung – aufzuzeigen, warum die Textvorschläge so lauten, wie vorgeschlagen.

In diesem Sinne wolle das Buch als Anleitung dienen: man nehme . . .! Abgeschmeckt werden muß weiterhin individuell.

Im Oktober 1999

Ulrich Zirnbauer

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 4. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	V
Verzeichnis der Bearbeiter	XXVII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXIX

1. Kapitel Urteilsverfahren

Vorbemerkungen zum Urteilsverfahren (<i>Zirnbauer</i>)	1
A. Das Hauptsacheverfahren im Urteilsverfahren	5
I. Zahlungsklagen (<i>Köhne</i>)	5
II. Statusklage (<i>Köhne</i>)	55
III. Feststellungsklagen (<i>Zirnbauer</i>)	60
IV. Antrag auf Zulassung verspäteter Klage nach § 5 KSchG (<i>Zirnbauer</i>) ...	88
V. Auflösungsantrag des Arbeitnehmers im Kündigungsschutzprozess (<i>Zirnbauer</i>)	91
VI. Schriftsatz zur abgestuften Darlegungs- und Beweislast zur Sozialauswahl (<i>Zirnbauer</i>)	96
VII. Klagen auf Vornahme von Handlungen (Auskunft, Stufenklage) (<i>Reidel</i>)	99
VIII. Klagen in Zusammenhang mit betrieblicher Altersversorgung (<i>Zirnbauer</i>)	104
IX. Klagen auf (Weiter-)Beschäftigung (<i>Reidel</i>)	118
X. Klagen im Zusammenhang mit Arbeitspapieren (<i>Reidel</i>)	135
XI. Beseitigung von Abmahnungen aus der Personalakte (<i>Reidel</i>)	148
XII. Klage nach dem AGG auf Schadensersatz und Entschädigung wegen Benachteiligung (<i>Meier</i>)	157
XIII. Nachteilsausgleich gemäß § 113 BetrVG (<i>Reidel</i>)	161
XIV. Klage auf Wiedereinstellung (<i>Zirnbauer</i>)	165
XV. Klagen auf Eingruppierung (<i>Holthaus</i>)	167
XVI. Schadensersatzklage des Arbeitgebers wegen Schlechtleistung des Arbeitnehmers (<i>Hahn</i>)	188
XVII. Schadensersatzklage des Arbeitgebers wegen Verkehrsunfalls des Arbeitnehmers (<i>Hahn</i>)	193
XVIII. Schadensersatzklage des Arbeitgebers wegen Vertragsbruchs des Arbeitnehmers (Verfrühungsschaden) (<i>Hahn</i>)	196
XIX. Klage des Arbeitgebers wegen Verwirkung einer Vertragsstrafe (<i>Hahn</i>)	198
XX. Widerklage des Arbeitgebers auf Auskunftserteilung im Annahmeverzugsprozess (<i>Hahn</i>)	201
XXI. Klage des Arbeitgebers auf Rückzahlung zu viel gezahlten Arbeitsent- gelts (<i>Hahn</i>)	203
XXII. Klagen auf Herausgabe von Eigentum (<i>Hoevens</i>)	206
XXIII. Auflösungsantrag des Arbeitgebers im Kündigungsschutzprozess (<i>Hoevens</i>)	215
XXIV. Klagen auf Unterlassung von Wettbewerb (<i>Hoevens</i>)	224
XXV. Klageantworten des Arbeitgebers (<i>Zirnbauer</i>)	236

Inhaltsübersicht

XXVI. Drittschuldnerklage gemäß § 850 h ZPO (<i>Reidel</i>)	266
XXVII. Insolvenzarbeitsrecht (<i>Reidel</i>)	270
B. Einstweiliger Rechtsschutz im Urteilsverfahren	278
Vorbemerkungen (<i>Reidel</i>)	278
I. Anträge auf (Weiter-)Beschäftigung (<i>Reidel</i>)	284
II. Antrag nach § 8 TzBfG (<i>Hoevens</i>)	295
III. Zahlung von Arbeitsentgelt (<i>Reidel</i>)	297
IV. Urlaubsgewährung (<i>Reidel</i>)	300
V. Herausgabe von Arbeitspapieren (<i>Reidel</i>)	304
VI. Anträge auf Herausgabe von Eigentum (<i>Hoevens</i>)	306
VII. Anträge auf Unterlassung von Wettbewerb (<i>Hoevens</i>)	313
VIII. Anträge auf Entbindung von der Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung nach § 102 Abs. 5 S. 2 BetrVG (<i>Hoevens</i>)	328
IX. Schutzschrift des Arbeitnehmers (<i>Hoevens</i>)	348
X. Schutzschrift des Arbeitgebers (<i>Hoevens</i>)	352

2. Kapitel Beschlussverfahren

Vorbemerkungen zum Beschlussverfahren (<i>Holthaus</i>)	355
C. Das Hauptsacheverfahren im Beschlussverfahren (<i>Manske/Witt</i>)	370
I. Streitigkeiten hinsichtlich des Geltungsbereichs des BetrVG	370
II. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Wahl des Betriebsrats und mit dessen internen Wahlen	376
III. Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Schutz von Amtsträgern und ihrer Amtsausübung	415
IV. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Betriebsrats	423
V. Gewerkschaftliche Betätigung innerhalb der Betriebsverfassung	461
VI. Betätigung der Arbeitgeberverbände innerhalb der Betriebsverfassung	475
VII. Anträge auf Durchführung von Betriebsvereinbarungen und Informationserteilung	477
VIII. Streitigkeiten über die Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats	489
IX. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten	496
X. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Mitbestimmung in personalen Angelegenheiten	505
XI. Anträge im Zusammenhang mit der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten	539
XII. Streitigkeiten über die Errichtung einer Einigungsstelle	556
XIII. Anträge bei grober Verletzung gesetzlicher Pflichten	583
D. Einstweiliger Rechtsschutz im Beschlussverfahren (<i>Meier</i>)	598
Vorbemerkungen	598
I. Anträge nach dem Betriebsverfassungsgesetz	608
II. Antrag nach dem Gesetz über Europäische Betriebsräte (EBRG)	682
III. Anträge nach Personalvertretungsrecht	687
IV. Schutzschriften des Arbeitgebers im Betriebsverfassungsrecht	706

3. Kapitel Urteilsverfahren

E. Das Rechtsmittel- und Rechtsbehelfsverfahren gegen Urteile der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte (Urteilsverfahren gem. §§ 46 ff. ArbGG) (<i>Kasper</i>)	723
I. Die Berufung gegen Urteile der Arbeitsgerichte (§§ 8 Abs. 2, 64 Abs. 1 ArbGG)	723
II. Die Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör aufgrund einer Endentscheidung des Landesarbeitsgerichts im Urteilsverfahren (§ 78a ArbGG)	767
III. Die Revision gegen Urteile der Landesarbeitsgerichte	771
IV. Rechtsbeschwerde an das Bundesarbeitsgericht gem. § 78 S. 2 ArbGG gegen Entscheidungen des Landesarbeitsgerichts über die sofortige Beschwerde	822
V. Die Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör aufgrund einer Endentscheidung des Bundesarbeitsgerichts im Urteilsverfahren (§ 78a ArbGG)	824
VI. Das Bundesverfassungsgericht	827
F. Das Rechtsmittel- und Rechtsbehelfsverfahren gegen Beschlüsse der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte (Beschlussverfahren gem. §§ 80 ff. ArbGG) (<i>Kasper</i>)	835
I. Die Beschwerde gegen Beschlüsse der Arbeitsgerichte	835
II. Die Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör aufgrund einer Endentscheidung des Landesarbeitsgerichts im Beschlussverfahren (§ 78a ArbGG)	861
III. Die Rechtsbeschwerde gegen verfahrensbeendende Beschlüsse der Landesarbeitsgerichte	861
IV. Die Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör aufgrund einer Endentscheidung des Bundesarbeitsgerichts im Beschlussverfahren (§ 78a ArbGG)	887
V. Das Bundesverfassungsgericht	887

4. Kapitel Zwangsvollstreckung

G. Anträge in der Zwangsvollstreckung (<i>Hahn</i>)	889
I. Antrag auf Festsetzung einer Entschädigung nach § 61 Abs. 2 ArbGG	889
II. Antrag auf Ausschluss der Zwangsvollstreckung nach § 62 Abs. 1 S. 2 ArbGG	892
III. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung aus einem Versäumnisurteil	894
IV. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung im Berufungsverfahren	895
V. Klage auf Schadensersatz nach § 717 Abs. 2 ZPO wegen vorläufiger Vollstreckung	897
VI. Klage auf Erteilung einer Vollstreckungsklausel nach § 731 ZPO	899
VII. Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses wegen Vollstreckung einer Bruttolohnforderung	901
VIII. Antrag auf Erteilung einer Provisionsabrechnung nach § 887 ZPO	905
IX. Antrag auf Erwerb eines vertraglich vereinbarten Dienstwagens	907
X. Zwangsvollstreckung bei unvertretbaren Handlungen nach § 888 ZPO	908
XI. Zwangsvollstreckung zur Erzwingung von Duldungen oder Unterlassungen nach § 890 ZPO	911
XII. Antrag auf Zwangsvollstreckung zwecks Herausgabe bestimmter beweglicher Sachen nach § 883 ZPO	914

Inhaltsübersicht

XIII. Zwangsvollstreckung im Beschlussverfahren Zwangsvollstreckung eines Unterlassungsanspruchs des Betriebsrats nach § 890 ZPO	916
H. Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung (<i>Hahn</i>)	919
I. Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Vollstreckungsklausel und Antrag auf einstweilige Anordnung nach § 732 ZPO	919
II. Erinnerung gegen Art und Weise der Zwangsvollstreckung nach § 766 ZPO	921
III. Vorzugsklage und Antrag auf einstweilige Anordnung nach § 805 ZPO	923
IV. Vollstreckungsabwehrklage und Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 767 ZPO	925
V. Drittwiderspruchsklage und Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 771 ZPO	928

5. Kapitel Sonstige rechtsförmliche Verfahren

I. Kündigungsvoraussetzungen	931
I. Antrag auf Gleichstellung nach § 2 Abs. 3 SGB IX (<i>Zirnbauer</i>)	931
II. Antrag auf Zustimmung zur Kündigung beim Integrationsamt nach § 85 SGB IX (<i>Zirnbauer</i>)	934
III. Antrag nach § 9 Abs. 3 MuSchG (<i>Zirnbauer</i>)	936
IV. Antrag nach § 18 Abs. 1 S. 2 BEEG (<i>Zirnbauer</i>)	939
V. Anzeige von Entlassungen an die Agentur für Arbeit gemäß § 17 KSchG (<i>Meier</i>)	940
J. Arbeitszeitfragen	944
I. Antrag auf Bewilligung der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen (<i>Hahn</i>)	944
II. Antrag auf Bewilligung einer längeren täglichen Arbeitszeit nach § 15 Abs. 1 Nr. 1b ArbZG (<i>Hahn</i>)	946
III. Antrag auf Einräumung von Teilzeit nach § 8 Abs. 1 TzBfG (<i>Hoevens</i>)	948
IV. Erwiderung auf den Antrag auf Einräumung von Teilzeit nach § 8 Abs. 1 TzBfG (<i>Hoevens</i>)	952
V. Aufstockungsantrag nach § 9 TzBfG (<i>Hoevens</i>)	956
VI. Erwiderung auf Aufstockungsantrag nach § 9 TzBfG (<i>Hoevens</i>)	958
VII. Inanspruchnahme von Elternzeit (<i>Zirnbauer</i>)	960
VIII. Antwort des Arbeitgebers (<i>Zirnbauer</i>)	962
IX. Inanspruchnahme von Pflegezeit (<i>Zirnbauer</i>)	963
K. Schlichtungsverfahren	965
I. Verfahren nach § 111 ArbGG (<i>Hoevens</i>)	965
L. Einigungsstelle (<i>Witt</i>)	970
I. Einleitung eines betrieblichen Einigungsstellenverfahrens	970
II. Schreiben an den Einigungsstellenvorsitzenden mit der Bitte um Übernahme des Amtes und um Vornahme verfahrensleitender Handlungen	972
III. Anträge im Einigungsstellenverfahren	973
IV. Befangenheitsantrag gegen den Einigungsstellenvorsitzenden	974
V. Antrag an das Arbeitsgericht auf Abberufung des Vorsitzenden wegen Besorgnis der Befangenheit	978
M. Strafvorschriften des BetrVG (<i>Manske</i>)	981
I. Strafantrag einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft gem. § 119 BetrVG	981

6. Kapitel Streitwerte, Kostenfestsetzung und Rechtsschutzversicherung

N. Streitwerte, Kostenfestsetzung und Rechtsschutzversicherung (<i>Meier</i>)	985
Vorbemerkungen (Streitwert-ABC)	985
I. Kostenfestsetzung	1015
II. Ansprüche gegen die Rechtsschutzversicherung	1018
Sachverzeichnis	1027

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 4. Auflage	V
Vorwort zur 1. Auflage	V
Verzeichnis der Bearbeiter	XXVII
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XXIX

1. Kapitel Urteilsverfahren

Vorbemerkungen zum Urteilsverfahren	1
A. Das Hauptsacheverfahren im Urteilsverfahren	5

Arbeitnehmerseitige Klagen

I. Zahlungsklagen	5
1. Zahlungsklage wegen rückständigen Lohnes	5
2. Zahlungsklage wegen Überstunden	12
3. Zahlungsklage wegen Urlaubsabgeltung	15
4. Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	19
5. Schadensersatz und Zeugnis	22
6. Zahlungsklage wegen Annahmeverzug	25
7. Provisionsklage	29
8. Zahlungsklage wegen Gehaltsanpassung	32
9. Zahlungsklage wegen Karenzentschädigung	35
10. Schadensersatz im Berufsausbildungsverhältnis	39
11. Aufwendungsersatz/Schadensersatz wegen Privatfahrzeug	42
12. Schadensersatz bei Verstoß gegen Gleichbehandlung	46
13. Zahlungsklage wegen Vorstellungskosten	51
14. Vergütung von Reisezeit	53
II. Statusklage	55
III. Feststellungsklagen	60
1. Feststellungsklage gemäß §§ 2, 4 KSchG	60
2. Feststellungsklage gemäß § 4 KSchG – Klage innerhalb anwendbarem KSchG –	65
3. Feststellungsklage gemäß § 256 ZPO – Klage außerhalb anwendbarem KSchG –	70
4. Feststellungsklage gemäß § 256 ZPO – Befristungskontrollklage; Weiterbeschäftigungsanspruch –	73
5. Feststellungsklage gemäß § 256 ZPO – Klage nach angefochtenem Aufhebungsvertrag, Klage auf Beschäftigung –	76
6. Feststellungsklage gemäß § 256 ZPO – Fehlende Verpflichtung zur Arbeitsleistung wegen Zurückbehaltungsrecht –	80
7. Feststellungsklage gemäß § 256 ZPO – Leugnen eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots –	82
8. Feststellungsklage gemäß § 256 ZPO – Unwirksame Versetzung –	85
IV. Antrag auf Zulassung verspäteter Klage nach § 5 KSchG	88

Inhaltsverzeichnis

V. Auflösungsantrag des Arbeitnehmers im Kündigungsschutzprozess	91
VI. Schriftsatz zur abgestuften Darlegungs- und Beweislast zur Sozialauswahl	96
VII. Klagen auf Vornahme von Handlungen (Auskunft, Stufenklage)	99
1. Stufenklage gegen den Arbeitgeber auf Erteilung von Abrechnungen und Auszahlung von Provisionen	99
2. Klage auf Erstellung und Aushändigung eines schriftlichen Arbeitsvertrages	102
VIII. Klagen in Zusammenhang mit betrieblicher Altersversorgung	104
1. Auskunftsklage über unverfallbare Anwartschaften	104
2. Feststellungsklage über die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Zahlung von Ruhegeld	107
3. Feststellungsklage nach Widerruf der Versorgungszusage durch den Arbeitgeber	109
4. Klage auf Ruhegeldanpassung	113
IX. Klagen auf (Weiter-)Beschäftigung	118
Vorbemerkungen	118
1. Klage auf Beschäftigung nach über das Direktionsrecht hinaus- gehender örtlicher Versetzung	122
2. Klage auf Beschäftigung gemäß § 81 Abs. 4 SGB IX	125
3. Klage auf Beschäftigung nach unzulässiger Suspendierung/Freistellung	128
4. Klage auf Weiterbeschäftigung gemäß § 102 Abs. 5 S. 1 BetrVG ...	131
X. Klagen im Zusammenhang mit Arbeitspapieren	135
Vorbemerkungen	135
1. Klage auf Zeugniserteilung gegen den Arbeitgeber	136
2. Klage auf Zeugnisberichtigung gegen den Arbeitgeber	139
3. Klage auf Schadensersatz wegen verspäteter oder unrichtiger Zeugniserteilung	143
4. Klage auf Herausgabe der Arbeitsbescheinigung und der Lohnsteuerkarte	146
XI. Beseitigung von Abmahnungen aus der Personalakte	148
Vorbemerkungen	148
1. Klage auf Rücknahme einer auf unzutreffender Würdigung beru- henden Abmahnung	152
2. Klage auf Beseitigung einer Abmahnung wegen formaler Mängel ..	154
3. Klage auf Beseitigung einer Abmahnung auf Grund Zeitablaufs	156
XII. Klage nach dem AGG auf Schadensersatz und Entschädigung wegen Benachteiligung	157
XIII. Nachteilsausgleich gemäß § 113 BetrVG	161
XIV. Klage auf Wiedereinstellung	165
XV. Klagen auf Eingruppierung	167
1. Eingruppierungsfeststellungsklage Privatwirtschaft (Grundmuster)	167
2. Klage bei korrigierender Rückgruppierung	173
3. Eingruppierung bei vorangegangenem Zustimmungsersetzungsver- fahren	177
4. Eingruppierungsfeststellungsklage öffentlicher Dienst (Grundmus- ter)	179
5. Eingruppierung nach zusätzlichen Tätigkeitsmerkmalen (Speziali- tät)	184
6. Eingruppierung bei aufbauenden Vergütungsgruppen	186

Arbeitgeberseitige Klagen

XVI. Schadensersatzklage des Arbeitgebers wegen Schlechtleistung des Arbeitnehmers	188
XVII. Schadensersatzklage des Arbeitgebers wegen Verkehrsunfalls des Arbeitnehmers	193
XXVIII. Schadensersatzklage des Arbeitgebers wegen Vertragsbruchs des Arbeitnehmers (Verfrühungsschaden)	196
XIX. Klage des Arbeitgebers wegen Verwirkung einer Vertragsstrafe	198
XX. Widerklage des Arbeitgebers auf Auskunftserteilung im Annahmeverzugsprozess	201
XXI. Klage des Arbeitgebers auf Rückzahlung zu viel gezahlten Arbeitsentgelts	203
XXII. Klagen auf Herausgabe von Eigentum	206
1. Klage auf Herausgabe des Dienstfahrzeuges	206
2. Klage auf Herausgabe von Arbeitsmitteln	212
XXIII. Auflösungsantrag des Arbeitgebers im Kündigungsschutzprozess	215
XXIV. Klagen auf Unterlassung von Wettbewerb	224
1. Antrag auf Unterlassung im bestehenden Arbeitsverhältnis	224
2. Klage auf Unterlassung von Wettbewerb bei nachvertraglichem Wettbewerbsverbot	230
XXV. Klageantworten des Arbeitgebers	236
1. Klageantwort bei verhaltensbedingter Kündigung (fristlos/ordentlich)	236
2. Klageantwort bei personenbedingter Kündigung aufgrund häufiger Kurzerkrankung	246
3. Klageantwort bei personenbedingter Kündigung wegen lang anhaltender Krankheit	250
4. Klageantwort bei fristloser/ordentlicher Kündigung aus sonstigen personenbedingten Gründen hier: Lizenzverlust	252
5. Klageantwort bei betriebsbedingter Kündigung	255
6. Klageantwort im Änderungsschutzprozess	260
7. Gemeinsame Arbeitgebereinlassungen zur bestrittenen Betriebsratsbeteiligung	263

Sonstige Klagen

XXVI. Drittschuldnerklage gemäß § 850 h ZPO	266
XXVII. Insolvenzarbeitsrecht	270
1. Klage auf Zeugniserteilung/-berichtigung gegen den Insolvenzverwalter	270
2. Aufnahme eines gem. § 240 ZPO unterbrochenen arbeitsgerichtlichen Rechtsstreits	272
3. Klage wegen Verfrühungsschadens (§ 113 InsO)	273
4. Klage auf Vergütung während der durch den Insolvenzverwalter ausgesprochenen Freistellung	276
B. Einstweiliger Rechtsschutz im Urteilsverfahren	278
Vorbemerkungen	278

Arbeitnehmerseitige Anträge

I. Anträge auf (Weiter-)Beschäftigung	284
1. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung auf vertragsgemäße Beschäftigung bis zum Ende der Kündigungsfrist	284

Inhaltsverzeichnis

2. Antrag auf Erlass einer Weiterbeschäftigungsverfügung gemäß § 102 Abs. 5 S. 1 BetrVG	287
3. Antrag auf Erlass einer auf den allgemeinen Weiterbeschäftigungsanspruch gestützten einstweiligen Verfügung bei offensichtlich unwirksamer Kündigung	292
II. Antrag nach § 8 TzBfG	295
III. Zahlung von Arbeitsentgelt	297
IV. Urlaubsgewährung	300
V. Herausgabe von Arbeitspapieren	304

Arbeitgeberseitige Anträge

VI. Anträge auf Herausgabe von Eigentum	306
1. Antrag auf Herausgabe von Eigentum an den Arbeitgeber	306
2. Antrag auf Herausgabe von Eigentum an den Sequester	310
VII. Anträge auf Unterlassung von Wettbewerb	313
1. Antrag auf Unterlassung von Wettbewerb im ungekündigt bestehenden Arbeitsverhältnis	313
2. Antrag auf Unterlassung von Tätigkeiten für den Arbeitgeber im gekündigten Arbeitsverhältnis	316
3. Antrag auf Unterlassung von Wettbewerb im gekündigten Arbeitsverhältnis	318
4. Antrag auf Unterlassung von Wettbewerb bei nachvertraglichem Wettbewerbsverbot	322
5. Unterlassung von Wettbewerb nach beendetem Arbeitsverhältnis ohne nachvertragliches Wettbewerbsverbot	325
VIII. Anträge auf Entbindung von der Verpflichtung zur Weiterbeschäftigung nach § 102 Abs. 5 S. 2 BetrVG	328
1. Der allgemeine Feststellungsantrag	328
2. Einstweilige Verfügung gemäß § 102 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 BetrVG – keine hinreichende Aussicht auf Erfolg bzw. mutwillig	332
3. Antrag auf Entbindung der Weiterbeschäftigung nach § 102 Abs. 5 S. 2 Nr. 2 BetrVG – unzumutbare wirtschaftliche Belastung (allgemein)	335
4. Antrag nach § 102 Abs. 5 S. 2 Nr. 2 BetrVG – unzumutbare wirtschaftliche Belastung (Stilllegung eines Betriebsteils)	338
5. Antrag nach § 102 Abs. 5 S. 2 Nr. 3 BetrVG – offensichtliche Unbegründetheit des Widerspruchs des Betriebsrats	342

Schutzschriften

Vorbemerkungen	346
IX. Schutzschrift des Arbeitnehmers	348
X. Schutzschrift des Arbeitgebers	352

2. Kapitel Beschlussverfahren

Vorbemerkungen zum Beschlussverfahren	355
C. Das Hauptsacheverfahren im Beschlussverfahren	370
I. Streitigkeiten hinsichtlich des Geltungsbereichs des BetrVG	370
1. Antrag wegen Status eines leitenden Angestellten	370
2. Antrag auf Feststellung eines Tendenzbetriebes	373
II. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Wahl des Betriebsrats und mit dessen internen Wahlen	376

Inhaltsverzeichnis

1. Streitigkeiten über die Betriebsratsfähigkeit eines Betriebs	376
2. Antrag auf Bestellung eines Wahlvorstands zur Betriebsratswahl gemäß § 16 Abs. BetrVG	381
3. Antrag auf Bestellung eines Wahlvorstands zur Betriebsratswahl in einem betriebsratslosen Betrieb	385
4. Antrag auf Ersetzung des Wahlvorstands gem. § 18 Abs. 1 S. 2 BetrVG	388
5. Antrag auf Auskunftserteilung zur Erstellung der Wählerliste	391
6. Antrag auf Einsichtnahme in die Wahlakten der Betriebsratswahl ..	394
7. Anfechtung der Betriebsratswahl	396
8. Berichtigung des Ergebnisses der Betriebsratswahl	405
9. Anfechtung der Wahl des Betriebsratsvorsitzenden	407
10. Kosten der Wahl	409
11. Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit einer Freistellungswahl gem. § 38 Abs. 2 BetrVG	411
III. Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Schutz von Amtsträgern und ihrer Amtsausübung	415
1. Antrag des Arbeitgebers auf Entbindung von der Weiterbeschäftigung eines Amtsträgers nach Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses	415
2. Antrag auf Unterlassung von Störungen der Betriebsrats Tätigkeit ...	420
IV. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Betriebsrats	423
1. Streitigkeiten über die Wirksamkeit eines Betriebsratsbeschlusses	423
2. Streitigkeiten bezüglich Schulungsveranstaltungen (§ 37 Abs. 6 BetrVG)	429
3. Antrag des Betriebsrats auf Zurverfügungstellung von sachlichen Mitteln (Literatur)	435
4. Antrag des Betriebsrats auf Zurverfügungstellung von sachlichen Mitteln (PC-Ausstattung)	438
5. Antrag des Betriebsrats auf Freistellung von Kosten für eine Anwaltsbeauftragung	443
6. Antrag des Betriebsrats auf Freistellung von Kosten für die Beauftragung eines Beraters nach § 111 BetrVG	448
7. Antrag des Arbeitgebers auf Durchführung einer Betriebsversammlung als Vollversammlung zwischen den Schichten	451
8. Antrag des Betriebsrats auf Hinzuziehung eines Sachverständigen ..	453
9. Antrag des Betriebsrats auf Zurverfügungstellung einer Auskunftsperson	458
V. Gewerkschaftliche Betätigung innerhalb der Betriebsverfassung	461
1. Nachweis des Vertretenseins einer Gewerkschaft im Betrieb	461
2. Teilnahme eines Gewerkschaftsbeauftragten an Betriebsratssitzungen	464
3. Teilnahme eines Gewerkschaftsbeauftragten an Betriebsversammlungen	467
4. Untersagen der Anwendung einer tarifvertragswidrigen Betriebsvereinbarung	470
VI. Betätigung der Arbeitgeberverbände innerhalb der Betriebsverfassung	475
1. Antrag des Arbeitgebers auf Hinzuziehung eines Verbandsvertreters zur Betriebsversammlung	475
VII. Anträge auf Durchführung von Betriebsvereinbarungen und Informationserteilung	477
1. Antrag des Betriebsrats auf Durchführung einer Betriebsvereinbarung	477
2. Antrag des Betriebsrats auf Informationserteilung	480

Inhaltsverzeichnis

3. Antrag des Betriebsrats auf Einsichtnahme in Bruttolohn- und Gehaltslisten	484
4. Antrag des Betriebsrats auf Auskunft über vergebene Aktienoptionen	487
VIII. Streitigkeiten über die Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats	489
1. Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit einer Gesamtbetriebsvereinbarung	489
2. Antrag auf Feststellung der Zuständigkeit des Gesamtbetriebsrats für einen betriebsratslosen Betrieb	492
IX. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten	496
1. Antrag auf Feststellung des Bestehens und des Umfangs eines Mitbestimmungsrechts	496
2. Antrag auf Unterlassung einer mitbestimmungspflichtigen Handlung	502
X. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten	505
1. Anträge des Arbeitgebers gemäß §§ 99–101 BetrVG	505
a. Antrag des Arbeitgebers auf Ersetzung der Zustimmung zur Einstellung eines Arbeitnehmers	505
b. Antrag des Arbeitgebers auf Ersetzung der Zustimmung zur Versetzung und Antrag auf Feststellung der Dringlichkeit	512
c. Antrag auf Feststellung, dass die Zustimmung des Betriebsrats zur personellen Einzelmaßnahme als erteilt gilt	516
d. Antrag auf Ersetzung der Zustimmung zur Eingruppierung (Umgruppierung) bei erteilter Zustimmung zur Einstellung (Versetzung)	519
2. Anträge des Betriebsrats gemäß §§ 99–101 BetrVG	522
a. Antrag des Betriebsrats auf Aufhebung der Einstellung/Versetzung	522
b. Antrag auf Vornahme einer Eingruppierung und Durchführung des Zustimmungsersetzungsverfahrens	526
3. Antrag auf Zustimmungsersetzung zur außerordentlichen Kündigung eines Betriebsratsmitglieds	530
4. Antrag des Arbeitgebers auf Zustimmungsersetzung zur betrieb-sübergreifenden Versetzung eines Betriebsratsmitglieds	535
XI. Anträge im Zusammenhang mit der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten	539
1. Feststellungsantrag zur Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses	539
2. Antrag auf Auskunft über eine geplante Betriebsänderung	541
3. Antrag auf Unterlassung geplanter Betriebsänderungen	544
4. Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit eines durch die Einigungsstelle beschlossenen Sozialplans	547
5. Antrag auf Zustimmung zur Durchführung einer Betriebsänderung gemäß § 122 InsO	549
6. Antrag auf Feststellung der sozialen Rechtfertigung betriebsbeding-ter Kündigungen gemäß § 126 InsO	552
XII. Streitigkeiten über die Errichtung einer Einigungsstelle	556
1. Anträge im Zusammenhang mit der Errichtung einer Einigungs-stelle	556
a. Allgemeiner Antrag des Betriebsrats auf Errichtung einer Einigungsstelle (§ 98 ArbGG)	556
b. Zurückweisungsantrag des Betriebsrats wegen mangelnden Rechtsschutzbedürfnisses	563

Inhaltsverzeichnis

c. Antrag des Arbeitgebers auf Errichtung einer Einigungsstelle wegen sachlich unvertretbarer (Teil-)Freistellungen nach § 38 BetrVG	564
d. Antrag des Betriebsrats auf Errichtung einer Einigungsstelle wegen Arbeitnehmerbeschwerde nach § 85 BetrVG	568
e. Antrag des Betriebsrats auf Errichtung einer Einigungsstelle gem. § 97 Abs. 2 BetrVG	572
2. Antrag des Arbeitgebers auf Feststellung des Nichtbestehens eines Mitbestimmungsrechts	576
3. Anfechtung eines Einigungsstellenspruchs	578
4. Kosten der Einigungsstelle – Antrag auf Zahlung des Beisitzerhonorars	580
XIII. Anträge bei grober Verletzung gesetzlicher Pflichten	583
1. Antrag auf Ausschluss eines Betriebsratsmitglieds aus dem Betriebsrat	583
2. Antrag auf Auflösung des Betriebsrats	586
3. Anträge gegen den Arbeitgeber wegen grober Pflichtverletzungen ...	589
4. Antrag auf Zwangsvollstreckung eines Unterlassungsbeschlusses ...	595
D. Einstweiliger Rechtsschutz im Beschlussverfahren	598
Vorbemerkungen	598
I. Anträge nach dem Betriebsverfassungsgesetz	608

Anträge gegen den Arbeitgeber

1. Untersagung von Kündigungen vor Abschluss der Verhandlungen über einen Interessenausgleich	608
2. Herausgabe von Unterlagen aus Anlass von Verhandlungen über einen Interessenausgleich	611
3. Zustimmung zur Beauftragung eines (Bilanz-)Sachverständigen	614
4. Zustimmung zur Beauftragung eines (EDV-)Sachverständigen	617
5. Zustimmung zur Beauftragung eines (Rechts-)Sachverständigen	619
6. Verpflichtung zur Herausgabe von Arbeitnehmerdaten zwecks Versendung von Informationen während eines Streiks	622
7. Unterlassung einer mitbestimmungspflichtigen Maßnahme ohne Beteiligung des Betriebsrates	626
8. Untersagung der Anwendung eines neuen EDV-Programms	630
9. Mitbestimmung bei betrieblichem Eingliederungsmanagement (§ 84 SGB IX) – Unterrichtung des Betriebsrates –	633
10. Pflicht zur Aufhebung einer Versetzung	637
11. Untersagung der Anwendung eines Einigungsstellenspruchs	642
12. Pflicht zur Weiterbeschäftigung des Jugendvertreters und Ex-Auszubildenden nach § 78 a BetrVG	646

Anträge gegen den Betriebsrat/ein Betriebsratsmitglied

13. Untersagung der Amtsausübung	649
14. Untersagung der Amtsausübung nach vorangegangenem Rücktritt des Betriebsrates	653
15. Zutrittsgewährung für ein Betriebsratsmitglied	656
16. Pflicht zur Zutrittsgewährung für gesicherte Betriebsräume	660
17. Verpflichtung, einer Gewerkschaft Zutritt zu gewähren	663
18. Verpflichtung zur Freistellung der Belegschaft für eine Betriebsversammlung	666
19. Pflicht des Betriebsrates zur Unterlassung einer Abteilungsversammlung	669

Inhaltsverzeichnis

Anträge anlässlich der Betriebsratswahl

20. Pflicht des Wahlvorstands zur Berücksichtigung einer Vorschlagsliste	672
21. Antrag des Arbeitgebers auf Abbruch der Betriebsratswahl	675
22. Unterlassung von Wahlbehinderung	679
II. Antrag nach dem Gesetz über Europäische Betriebsräte (EBRG)	682
III. Anträge nach Personalvertretungsrecht	687
1. Antrag des Gesamtpersonalrats gegen eine behindernde Anordnung des Dienststellenleiters	687
2. Antrag des Personalrats gegen die Dienststellenleitung auf Freistellung eines Personalratsmitglieds	690
3. Antrag eines Personalratsmitglieds gegen den Personalrat wegen Freistellung	693
4. Antrag des Personalrats gegen die Dienststellenleitung auf Untersagung der Anwendung eines Dienstplanes	696
5. Antrag des Personalrats gegen den Dienstherrn auf Aussetzung der Anwendung eines Einigungsstellenspruchs	699
6. Antrag des Personalrats gegen die Dienststellenleitung auf Feststellung der Mitbestimmungswidrigkeit von Umsetzungsmaßnahmen	701
7. Antrag des Personalrats gegen die Dienststellenleitung auf Neueinleitung des Mitbestimmungsverfahrens wegen Einstellung	704
IV. Schutzschriften des Arbeitgebers im Betriebsverfassungsrecht	706
1. Schutzschrift gegen einstweilige Verfügung zur Regelung von Dienstplänen	706
2. Schutzschrift gegen einstweilige Verfügung zur Herausgabe geheimhaltungsbedürftiger Unterlagen	710
3. Schutzschrift gegen einstweilige Verfügungen auf Einhaltung von Mitbestimmungsrechten hinsichtlich der Arbeitszeit	715
4. Hinzuziehung eines Sachverständigen	719

3. Kapitel Urteilsverfahren

E. Das Rechtsmittel- und Rechtsbehelfsverfahren gegen Urteile der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte (Urteilsverfahren gem. §§ 46 ff. ArbGG)	723
I. Die Berufung gegen Urteile der Arbeitsgerichte (§§ 8 Abs. 2, 64 Abs. 1 ArbGG)	723
Vorbemerkungen	723

Einlegung und Begründung der Berufung

1. Gleichzeitige Einlegung und Begründung der Berufung des in I. Instanz voll unterlegenen Klägers	734
2. Einlegung der Berufung und spätere Berufungsbegründung der in I. Instanz voll unterlegenen Beklagten	738
a. Einlegung der Berufung	738
b. Die spätere Berufungsbegründung	740
3. Berufungsanträge, wenn beide beim Arbeitsgericht teilweise unterlegenen Parteien Berufung einlegen, soweit ihre Beschwer reicht	742
a. Berufungsanträge des Klägers	742
b. Berufungsanträge der Beklagten	744
4. Berufungsanträge, wenn eine beim Arbeitsgericht unterlegene Partei ihre Berufung auf einen Teil ihrer Beschwer beschränkt	746

Inhaltsverzeichnis

a. Berufungsantrag des unterlegenen Klägers, der nur die teilweise Abänderung des erstinstanzlichen Urteils erstrebt	746
b. Berufungsantrag der unterlegenen Beklagten, die nur die teilweise Abänderung des erstinstanzlichen Urteils erstrebt	747
5. Berufungsschrift und -anträge, wenn sich (in Fällen der sog subjektiven Klaghäufung) die Berufung nicht gegen alle in I. Instanz obsiegende Gegenparteien (Kläger/Beklagte) richtet	749
6. Berufung wegen Verwerfung des Einspruchs gegen ein Versäumnisurteil	751
a. Berufungsanträge des im Versäumnisverfahren unterlegenen Klägers	751
b. Berufungsanträge der im Versäumnisverfahren unterlegenen Beklagten	753
7. Abwehr der Berufung durch den Berufungsbeklagten	755
a. Gegenanträge des Berufungsbeklagten und die gesetzliche Berufsbeantwortung (§ 66 Abs. 1 S. 3 ArbGG)	755
b. Die Anschlussberufung des Berufungsbeklagten	756
8. Berufung gegen Urteile des Arbeitsgerichts im einstweiligen Verfügungsverfahren (§ 62 Abs. 2 ArbGG iVm §§ 935 ff. ZPO)	759
a. Berufung des unterlegenen Verfügungsklägers	759
b. Berufung des unterlegenen Verfügungsbeklagten	762
c. Gegenanträge des in I. Instanz obsiegenden Verfügungsklägers, Verfügungsbeklagten in der Berufungsinstanz	764
9. Die sofortige Beschwerde gegen nicht verfahrensbeendende Beschlüsse der Arbeitsgerichte und die Entscheidung über die sofortige Beschwerde durch das Landesarbeitsgericht gem. §§ 78 ArbGG, 567 ZPO	765
II. Die Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör aufgrund einer Endentscheidung des Landesarbeitsgerichts im Urteilsverfahren (§ 78a ArbGG)	767
III. Die Revision gegen Urteile der Landesarbeitsgerichte	771
Vorbemerkungen	771

Einlegung und Begründung der Revision

1. Gleichzeitige Einlegung und Begründung der Revision durch den in I. und II. Instanz unterlegenen Kläger	778
2. Einlegung der Revision und spätere Begründung der Revision durch die in I. und II. Instanz unterlegene Beklagte	783
a. Einlegung der Revision	783
b. Die spätere Revisionsbegründung	784
3. Revisionsanträge des Klägers, wenn er in I. Instanz teilweise, in II. Instanz voll unterlegen ist	785
4. Revisionsanträge des Klägers, wenn er in I. Instanz voll unterlegen, in II. Instanz teilweise unterlegen ist	787
5. Revisionsanträge des Klägers, wenn er in I. und II. Instanz teilweise unterlegen ist und beide Parteien Revision einlegen	788
a. Bei einheitlichem Sachantrag und Streitgegenstand	788
b. Bei nicht einheitlichen Sachanträgen und Streitgegenständen	789
6. Revisionsanträge der Beklagten, wenn sie in beiden Vorinstanzen teilweise unterlegen ist	791
a. Revisionsanträge, wenn die Beklagte in I. Instanz teilweise, in II. Instanz voll unterlegen ist	791
b. Revisionsanträge, wenn die Beklagte in I. Instanz voll unterlegen ist, in II. Instanz aber teilweise obsiegte	792

Inhaltsverzeichnis

c. Revisionsanträge, wenn die Beklagte in I. und II. Instanz teilweise unterlegen ist und beide Parteien Revision einlegen	793
7. Beschränkter Revisionsantrag des in I. und II. Instanz unterlegenen Klägers	795
8. Beschränkter Revisionsantrag des in I. Instanz obsiegenden und in II. Instanz unterlegenen Beklagten	796
9. Revisionsanträge, wenn sich (in Fällen der subjektiven Klaghäufung) die Revision nicht gegen alle in II. Instanz obsiegenden Gegenparteien (Kläger/Beklagte) richtet	797
a. Einlegung der Revision	797
b. Revisionsanträge und Revisionsbegründung	799
10. Abwehr der Revision durch die Revisionsbeklagte gemäß § 72 Abs. 1 und 2 ArbGG	800
a. Gegenanträge der Revisionsbeklagten und die Revisionserwid- rung	800
b. Anschlussrevision	801
Sonstige Rechtsmittel- und Rechtsbehelfe im Revisionsverfahren	
11. Die Nichtzulassungsbeschwerde des § 72a ArbGG	804
a. Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde	804
b. Die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde bei grundsätz- licher Bedeutung einer Rechtsfrage und deren Entscheidung- erheblichkeit (§ 72a Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ArbGG)	806
c. Die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde bei Diver- genzzulassung (§ 72a Abs. 3 S. 2 Nr. 2 ArbGG)	809
d. Die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde bei Darlegung eines absoluten Revisionsgrundes (§§ 72a Abs. 3 S. 2 Nr. 3 Alt. 1 ArbGG iVm 547 Nr. 1 bis 5 ZPO)	811
e. Die Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde bei Entschei- dungserheblichkeit der Verletzung des rechtlichen Gehörs (§ 72a Abs. 3 S. 2 Nr. 3 Alt. 2 ArbGG)	813
f. Gegenanträge des Beschwerdegegners und die Erwiderung auf die Nichtzulassungsbeschwerde	815
12. Die sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung des Beru- fungsurteils (§ 72b ArbGG)	816
13. Revisionsbeschwerde wegen der Verwerfung der Berufung (§§ 77 ArbGG, 522 Abs. 1 S. 3 und 4 ZPO)	818
14. Sprungrevision	820
a. Einlegung der Sprungrevision	820
b. Revisionsbegründung	822
IV. Rechtsbeschwerde an das Bundesarbeitsgericht gem. § 78 S. 2 ArbGG gegen Entscheidungen des Landesarbeitsgerichts über die sofortige Beschwerde	822
V. Die Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör auf- grund einer Endentscheidung des Bundesarbeitsgerichts im Urteilsver- fahren (§ 78a ArbGG)	824
VI. Das Bundesverfassungsgericht	827
Vorbemerkungen	827
1. Die Verfassungsbeschwerde	829
F. Das Rechtsmittel- und Rechtsbehelfsverfahren gegen Beschlüsse der Arbeits- gerichte und Landesarbeitsgerichte (Beschlussverfahren gem. §§ 80 ff. ArbGG)	835
I. Die Beschwerde gegen Beschlüsse der Arbeitsgerichte	835
Vorbemerkungen	835

Einlegung und Begründung der Beschwerde

1. Gleichzeitige Einlegung und Begründung der Beschwerde des in I. Instanz voll unterlegenen Antragsgegners (Beteiligter zu 2)	840
2. Einlegung der Beschwerde und spätere Beschwerdebegründung der in I. Instanz voll unterlegenen Antragstellerin	843
a. Die Einlegung der Beschwerde	843
b. Die spätere Beschwerdebegründung	844
c. Weiteres Beispiel einer späteren Beschwerdebegründung	846
3. Beschwerdeanträge, wenn sowohl der Antragsteller als auch der Antragsgegner beim Arbeitsgericht teilweise unterlegen ist und beide Seiten Beschwerde einlegen, soweit ihre Beschwer reicht	847
a. Spätere Beschwerdeanträge des Antragstellers	847
4. Beschwerdeanträge, wenn ein beim Arbeitsgericht unterlegener Beteiligter seine Beschwerde auf einen Teil seiner Beschwer beschränkt	849
a. Beschwerdeantrag des unterlegenen Antragstellers, der nur die teilweise Abänderung des erstinstanzlichen Beschlusses erstrebt	849
b. Beschwerdeantrag des unterlegenen Antragsgegners, der nur die teilweise Abänderung des erstinstanzlichen Beschlusses erstrebt	850
5. Abwehr der Beschwerde	852
a. Gegenanträge anderer Beteiligter und die Beschwerdeerwid- rung	852
b. Anschlussbeschwerde	853
6. Beschwerde gegen einstweilige Verfügungen im Beschlussverfahren (§§ 85 Abs. 2, 87 ff. ArbGG)	856
a. Beschwerde des unterlegenen Antragstellers gem. §§ 85 Abs. 2, 87 ff. ArbGG iVm §§ 935 ff. ZPO	856
b. Beschwerde des Antragsgegners oder anderer, in I. Instanz un- terlegener Beteiligter	858
c. Beschwerde-Gegenanträge des in I. Instanz obsiegenden An- tragstellers/Antragsgegners	859
7. Die sofortige Beschwerde und die Rechtsbeschwerde im Beschluss- verfahren gegen nicht verfahrensbeendende Beschlüsse der Arbeits- und Landesarbeitsgerichte gem. §§ 78, 80, 87 Abs. 2 ArbGG	860
a. Die sofortige Beschwerde gem. §§ 78 S. 1 ArbGG, 567 ZPO	860
b. Zur Rechtsbeschwerde gem. §§ 78, 80, 87 Abs. 2 ArbGG	861
II. Die Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör auf- grund einer Endentscheidung des Landesarbeitsgerichts im Beschluss- verfahren (§ 78a ArbGG)	861
III. Die Rechtsbeschwerde gegen verfahrensbeendende Beschlüsse der Landesarbeitsgerichte	861
Vorbemerkungen	861

Einlegung und Begründung der Rechtsbeschwerde des Antragstellers

1. Gleichzeitige Einlegung und Begründung der Rechtsbeschwerde des in der I. und II. Instanz voll unterlegenen Antragstellers	865
2. Einlegung der Rechtsbeschwerde und spätere Rechtsbeschwerde- begründung des in I. Instanz obsiegenden, in II. Instanz voll unterlegenen Antragstellers	869
a. Einlegung der Rechtsbeschwerde	869
b. Die spätere Rechtsbeschwerdebegründung	870
3. Rechtsbeschwerdeanträge des Antragstellers, wenn er in I. Instanz obsiegte und in II. Instanz teilweise unterlegen ist	871

Inhaltsverzeichnis

4. Rechtsbeschwerdeanträge des Antragstellers, wenn er in I. und II. Instanz nur teilweise obsiegte	872
5. Rechtsbeschwerdeanträge des Antragstellers, wenn er in I. und II. Instanz nur teilweise obsiegte und auch der Beschwerdegegner Rechtsbeschwerde einlegt	874
6. Rechtsbeschwerdeanträge des Antragsgegners und anderer unterlegener Beteiligter	875
a. Rechtsbeschwerdeanträge des Antragsgegners oder anderer Beteiligter, die in I. und II. Instanz voll unterlegen sind	875
b. Rechtsbeschwerdeanträge anderer, den Anträgen des Antragstellers entgegnetretenden Beteiligten, wenn der Antragsteller in I. Instanz unterlegen ist und in II. Instanz voll obsiegte	876
c. Rechtsbeschwerdeanträge anderer, den Anträgen des Antragstellers entgegnetretender Beteiligter, wenn der Antragsteller in I. Instanz unterlegen ist, in II. Instanz nur teilweise obsiegte	877
7. Rechtsbeschwerdeanträge, wenn der Antragsteller und seine Gegner in I. und II. Instanz teilweise unterlegen sind und beide Seiten Rechtsbeschwerde einlegen	879
a. Rechtsbeschwerdeanträge des Antragstellers	879
b. Rechtsbeschwerdeanträge der Antragsgegner und anderer, den Anträgen des Antragstellers entgegnetretenden Beteiligten	880
8. Abwehr der Rechtsbeschwerde	881
a. Gegenanträge des Rechtsbeschwerdegegners und Rechtsbeschwerdeerwiderung	881
b. Die Anschlussrechtsbeschwerde	883
Sonstige Rechtsbehelfe im Rechtsbeschwerdeverfahren	
9. Die Nichtzulassungsbeschwerde gemäß §§ 94, 92a, 72 Abs. 1 und 2, 72a Abs. 1, 2, 3 S. 1 und 2 Nr. 1, 2, 3 ArbGG	886
10. Die sofortige Beschwerde wegen verspäteter Absetzung der Beschwerdeentscheidung (§§ 92b, 72b ArbGG)	886
11. Zur Sprungrechtsbeschwerde (§ 96a ArbGG)	886
IV. Die Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör aufgrund einer Endentscheidung des Bundesarbeitsgerichts im Beschlussverfahren (§ 78a ArbGG)	887
V. Das Bundesverfassungsgericht	887
1. Die Verfassungsbeschwerde	887

4. Kapitel Zwangsvollstreckung

G. Anträge in der Zwangsvollstreckung	889
I. Antrag auf Festsetzung einer Entschädigung nach § 61 Abs. 2 ArbGG	889
II. Antrag auf Ausschluss der Zwangsvollstreckung nach § 62 Abs. 1 S. 2 ArbGG	892
III. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung aus einem Versäumnisurteil	894
IV. Antrag auf Einstellung der Zwangsvollstreckung im Berufungsverfahren	895
V. Klage auf Schadensersatz nach § 717 Abs. 2 ZPO wegen vorläufiger Vollstreckung	897
VI. Klage auf Erteilung einer Vollstreckungsklausel nach § 731 ZPO	899

VII. Antrag auf Erlass eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses wegen Vollstreckung einer Bruttolohnforderung	901
VIII. Antrag auf Erteilung einer Provisionsabrechnung nach § 887 ZPO	905
IX. Antrag auf Erwerb eines vertraglich vereinbarten Dienstwagens	907
X. Zwangsvollstreckung bei unvertretbaren Handlungen nach § 888 ZPO	908
XI. Zwangsvollstreckung zur Erzwingung von Duldungen oder Unterlassungen nach § 890 ZPO	911
XII. Antrag auf Zwangsvollstreckung zwecks Herausgabe bestimmter beweglicher Sachen nach § 883 ZPO	914
XIII. Zwangsvollstreckung im Beschlussverfahren Zwangsvollstreckung eines Unterlassungsanspruchs des Betriebsrats nach § 890 ZPO	916
H. Rechtsbehelfe in der Zwangsvollstreckung	919
I. Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Vollstreckungsklausel und Antrag auf einstweilige Anordnung nach § 732 ZPO	919
II. Erinnerung gegen Art und Weise der Zwangsvollstreckung nach § 766 ZPO	921
III. Vorzugsklage und Antrag auf einstweilige Anordnung nach § 805 ZPO	923
IV. Vollstreckungsabwehrklage und Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 767 ZPO	925
V. Drittwiderspruchsklage und Antrag auf einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung nach § 771 ZPO	928

5. Kapitel Sonstige rechtsförmliche Verfahren

I. Kündigungsvoraussetzungen	931
I. Antrag auf Gleichstellung nach § 2 Abs. 3 SGB IX	931
II. Antrag auf Zustimmung zur Kündigung beim Integrationsamt nach § 85 SGB IX	934
III. Antrag nach § 9 Abs. 3 MuSchG	936
IV. Antrag nach § 18 Abs. 1 S. 2 BEEG	939
V. Anzeige von Entlassungen an die Agentur für Arbeit gemäß § 17 KSchG	940
J. Arbeitszeitfragen	944
I. Antrag auf Bewilligung der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- und Feiertagen	944
II. Antrag auf Bewilligung einer längeren täglichen Arbeitszeit nach § 15 Abs. 1 Nr. 1b ArbZG	946
III. Antrag auf Einräumung von Teilzeit nach § 8 Abs. 1 TzBfG	948
IV. Erwiderung auf den Antrag auf Einräumung von Teilzeit nach § 8 Abs. 1 TzBfG	952
V. Aufstockungsantrag nach § 9 TzBfG	956
VI. Erwiderung auf Aufstockungsantrag nach § 9 TzBfG	958
VII. Inanspruchnahme von Elternzeit	960
VIII. Antwort des Arbeitgebers	962
IX. Inanspruchnahme von Pflegezeit	963
K. Schlichtungsverfahren	965
I. Verfahren nach § 111 ArbGG	965

Inhaltsverzeichnis

L. Einigungsstelle	970
I. Einleitung eines betrieblichen Einigungsstellenverfahrens	970
II. Schreiben an den Einigungsstellenvorsitzenden mit der Bitte um Übernahme des Amtes und um Vornahme verfahrensleitender Handlungen	972
III. Anträge im Einigungsstellenverfahren	973
IV. Befangenheitsantrag gegen den Einigungsstellenvorsitzenden	974
V. Antrag an das Arbeitsgericht auf Abberufung des Vorsitzenden wegen Besorgnis der Befangenheit	978
M. Strafvorschriften des BetrVG	981
I. Strafantrag einer im Betrieb vertretenen Gewerkschaft gem. § 119 BetrVG	981

6. Kapitel Streitwerte, Kostenfestsetzung und Rechtsschutzversicherung

N. Streitwerte, Kostenfestsetzung und Rechtsschutzversicherung	985
Vorbemerkungen (Streitwert-ABC)	985
I. Kostenfestsetzung	1015
1. Kostenfestsetzungsantrag gegen kostenpflichtigen Gegner wegen (fiktiver) Reisekosten	1015
2. Kostenfestsetzungsantrag gegen den Auftraggeber	1016
II. Ansprüche gegen die Rechtsschutzversicherung	1018
1. Klage gegen die Rechtsschutzversicherung wegen Streit über außer- gerichtliche Tätigkeit und Gebührenberechnung	1018
2. Klage gegen die Rechtsschutzversicherung wegen Streit über den Weiterbeschäftigungsantrag sowie ein mitverglichenes Zeugnis	1022
Sachverzeichnis	1027